

Polizei- und Ordnungsrecht

Kingreen / Poscher

14. Auflage 2026
ISBN 978-3-406-84568-0
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

GRUNDRISSE DES RECHTS

Kingreen/Poscher · Polizei- und Ordnungsrecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Polizei- und Ordnungsrecht

mit Versammlungsrecht

von

Prof. Dr. Thorsten Kingreen

Universität Regensburg

Prof. Dr. Ralf Poscher

Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität,
Sicherheit und Recht

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

begründet und bis zur 7. Auflage bearbeitet von

Prof. Dr. Bodo Pieroth

Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Bernhard Schlink

Humboldt-Universität zu Berlin

Rechtsanwalt Michael Kniesel

ehem. Polizeipräsident in Bonn

14. Auflage 2027



C.H.BECK

Zitiervorschlag: Kingreen/Poscher POR § 1 Rn. 1

beck.de

ISBN PRINT 978-3-406-84568-0

Dieser Titel ist auch als E-Book erhältlich.

© 2027 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz und Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Das Polizei- und Ordnungsrecht ist aufgrund der vielfältigen Herausforderungen der öffentlichen Sicherheit ein ausgesprochen dynamisches Rechtsgebiet. Das kommt in vielen Gesetzesänderungen auf europäischer und nationaler Ebene und nicht zuletzt in den 16 deutschen Landesgesetzen zum Ausdruck. Auch die Judikatur des Bundesverfassungsgerichts prägt das Rechtsgebiet, demnächst wieder in der anstehenden Entscheidung zum bayerischen Polizeigesetz und dem dort neu eingeführten Tatbestand der „drohenden Gefahr“.

Wir sehen es ungeachtet dieser Dynamik als Aufgabe eines Lehrbuchs zum allgemeinen Polizei- und Ordnungsrecht an, neben allen Detailregelungen die Grundstrukturen des Rechtsgebiets sichtbar zu machen. Für die Neuauflage haben wir auch aus diesem Grunde die allgemeinen Abschnitte zur Gefahr (§ 8) und zur Verantwortlichkeit (§ 9) grundlegend überarbeitet. Dabei wurden einzelne Teilabschnitte gestrafft und die Ausführungen noch stärker mit der Darstellung der polizeilichen Spezialbefugnisse verzahnt, die wir für die 13. Auflage überarbeitet hatten.

Wie stets haben wir das gesamte Lehrbuch auf der Grundlage der seit der letzten Auflage veröffentlichten Rechtsprechung und Literatur aktualisiert, angepasst und an einzelnen Stellen überarbeitet. Die aktuelle Rechtsprechung und Literatur wurde bis Ende April 2026 berücksichtigt.

Wir danken unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr für die engagierte Unterstützung bei der Aufbereitung der vielfältigen Gesetzesänderungen, der neu erschienenen Rechtsprechung und Literatur sowie der Überarbeitung des Registers: in Regensburg Georg Freiß sowie Sanaïna Hocke, Karolin Kollmuß, Regina Langer, Frederik Reinelt und Sarah Smuda; in Freiburg Dr. Sarah Katharina Stein sowie Nicolas Blaue, Jasmin Lutz, David Schwarz, Elea Schweizer, Johanna Tielmann und aus dem Lektorat Katharina John. Sehr herzlich danken wir auch Frau Katharina Hohenadler für die hervorragende verlegerische Betreuung des Werks.

Schließlich möchten wir uns auch bei unseren Leserinnen und Lesern für wertvolle Verbesserungsvorschläge bedanken. Auch in Zukunft freuen wir uns über Hinweise, Anregungen und Kritik.

Regensburg/Freiburg im August 2026

*Thorsten Kingreen
Ralf Poscher*



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 8. Auflage

Das Lehrbuch von Bodo Pieroth, Bernhard Schlink und Michael Kniesel ist erstmals 2002 erschienen. Es gilt dem allgemeinen Polizei- und Ordnungsrecht als Referenzgebiet für ein Regelungsmodell, das weite Gebiete des besonderen Verwaltungsrechts prägt. Dabei unternahmen es die Autoren erstmals, die für das juristische Studium besonders wichtigen Eingriffsbefugnisse des Polizei- und Ordnungsrechts anhand einer einheitlichen dogmatischen Struktur aufzubereiten. Sie erschließt einen systematischen Zugang zu einer Vielzahl von Einzelregelungen nicht nur der Polizeigesetze, sondern auch vieler weiterer ordnungsrechtlicher Vorschriften, wie dies seit der 3. Auflage exemplarisch für das besonders prüfungsrelevante Versammlungsrecht veranschaulicht wird. Nicht zuletzt in dieser dogmatischen Strukturierungsleistung liegt das besondere Verdienst der Darstellung für die Lehre, aber auch für die wissenschaftliche Durchdringung des Stoffs.

Wir danken unseren akademischen Lehrern Bodo Pieroth und Bernhard Schlink sowie Michael Kniesel ganz herzlich dafür, dass sie uns die Fortführung des Lehrbuchs anvertraut haben. Mit dieser 8. Auflage stand seine Überarbeitung erstmals unter unserer Verantwortung. Die Auflage ist auf dem Stand von Juni 2014.

[...]

Regensburg/Freiburg im August 2014

*Thorsten Kingreen
Ralf Poscher*

Aus dem Vorwort der 7. Auflage

Das Polizei- und Ordnungsrecht ist für das Studium des Öffentlichen Rechts von zentraler Bedeutung. Zugleich ist es nicht leicht zu lernen und zu beherrschen. Das liegt daran, dass es seine dogmatische Gestalt vor rund hundert Jahren gewonnen hat und seitdem um zahllose gesetzliche Regelungen ergänzt und in zahlreichen dogmatischen Aussagen geändert wurde, dass diese Ergänzungen und Änderungen aber punktuell erfolgten und sich systematisch nicht zusammenfügen. So stimmt die alte dogmatische Gestalt nicht mehr recht, ohne dass schon eine neue an ihre Stelle treten könnte.

Die neue dogmatische Gestalt des Polizei- und Ordnungsrechts bereitet sich vor, ist aber noch nicht fertig. Denn noch immer ist das Polizei- und Ordnungsrecht im Übergang: von einem Recht der Generalklauseln zu einem Recht der Spezialermächtigungen, von einem Recht der konkreten zu einem Recht der abstrakten Gefahrenabwehr, von einem auf objektive zu einem auf subjektive Befunde und Kriterien setzenden Recht. Zugleich verschiebt sich das Gefüge der Aufgaben und Befugnisse; Kompetenzen wandern von den Ländern zum Bund und von beiden zu europäischen Einrichtungen, die Grenzen zwischen polizeilicher und geheimdienstlicher Tätigkeit werden durchlässig, und das private Sicherheitsgewerbe drängt auf die rechtliche Anerkennung seiner wachsenden tatsächlichen Bedeutung.

Ein Lehrbuch kann dem Übergang nicht vorausgreifen. Es kann die Ergänzungen und Änderungen, statt sie neben die alte dogmatische Gestalt zu stellen, ihr einfügen und, wo dies nicht geht, erklären, warum sie die alte dogmatische Gestalt sprengen und auf welche neue sie hinlaufen. Es kann das Polizei- und Ordnungsrecht nicht geschlossener, nicht einfacher machen als es ist. Aber es kann es transparent machen.

[...] Das vorliegende Lehrbuch ist daher ein Lehrbuch des Polizei- und Ordnungsrechts in der Bundesrepublik Deutschland. Zugleich erkennt es das Bedürfnis der Studentinnen und Studenten nach vollständiger und verlässlicher Information über die einschlägigen Bestimmungen des jeweiligen Landesrechts an. Es weist deshalb nicht

exemplarisch hier diese und dort jene, sondern stets alle einschlägigen landesrechtlichen Bestimmungen nach. Während sich die Nachweise aus Rechtsprechung und Literatur im Text finden, sind die Fußnoten den landesrechtlichen Nachweisen vorbehalten. [...]

Systematisch behandelt der Text in den ersten drei Teilen die allgemeinen Fragen und die Generalklauseln; im vierten, größten Teil behandelt er die Spezialbefugnisse. Bei den einzelnen Spezialbefugnissen erzählt er nicht die gesetzlichen Bestimmungen paraphrasierend und kommentierend nach, wie dies gemeinhin geschieht, sondern legt eine einheitliche, nach Begriff, rechtlicher Grundlage, formeller und materieller Rechtmäßigkeit, Schutzgut, Gefahr, Pflichtigkeit, Verhältnismäßigkeit und Durchsetzung unterscheidende Systematik zugrunde. Der fünfte Teil widmet sich konzentriert dem Versammlungsrecht als besonderem Gefahrenabwehrrecht für Versammlungen, weil es im Studium und in den Prüfungen eine besondere Bedeutung hat. Im sechsten Teil behandelt der Text die Regelungen über Vollstreckung, Kosten und Schadensausgleich, die die Aufgaben und Befugnisse als den Kern des Polizei- und Ordnungsrechts abrunden und ergänzen. Im siebten Teil leitet er die Umsetzung des systematisch präsentierten Stoffs in die in Ausbildung und Prüfung geforderte Fallbearbeitung an.
[...]

Berlin/Königswinter/Münster, Juli 2012

*Bodo Pieroth
Bernhard Schlink
Michael Kniesel*



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Polizei- und Ordnungsgesetze ..	XXIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXVII

1. Teil. Grundlagen

§ 1. Geschichte und Begriff	1
§ 2. Strukturen	21
§ 3. Aufgaben	43
§ 4. Rechtsquellen	59

2. Teil. Polizei- und ordnungsbehördliche Generalklauseln

§ 5. Ermächtigungsgrundlagen	79
§ 6. Zuständigkeit, Verfahren und Form	90
§ 7. Schutzgüter	99
§ 8. Gefahr	115
§ 9. Pflichtigkeit	136
§ 10. Grundrechte, Verhältnismäßigkeit, Ermessen und Bestimmtheit	162

3. Teil. Operative Spezialbefugnisse

§ 11. Grundlagen der Spezialbefugnisse	179
§ 12. Platzverweisung, Aufenthaltsanordnung, Meldeanordnung und Kontaktverbot	189
§ 13. Gewahrsam	202
§ 14. Durchsuchungen	214
§ 15. Sicherstellung und Beschlagnahme	227

4. Teil. Informationelle Spezialbefugnisse

§ 16. Systematik der informationellen Befugnisse	237
§ 17. Imperative Datenerhebungsbefugnisse	244

§ 18. Nicht imperative Datenerhebungsbefugnisse	269
§ 19. Befugnisse zur weiteren Datenverarbeitung	286

5. Teil. Besonderes Polizei- und Ordnungsrecht: Versammlungsrecht

§ 20. Systematik des Versammlungsrechts	305
§ 21. Befugnisse vor Beginn der Versammlung	317
§ 22. Befugnisse im Verlauf der Versammlung	336
§ 23. Befugnisse am Ende der Versammlung	343

6. Teil. Verordnungen zur Gefahrenabwehr

§ 24. Verordnungen	347
--------------------------	-----

7. Teil. Folgen

§ 25. Vollstreckung	358
§ 26. Kostentragung	377
§ 27. Schadensausgleich	388

8. Teil. Der Polizei- und Ordnungsrechtsfall

§ 28. Technik der Fallbearbeitung	399
Sachverzeichnis	423

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	XI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Polizei- und Ordnungsgesetze	XXIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXVII

1. Teil. Grundlagen

§ 1. Geschichte und Begriff	1
I. Geschichte	1
1. Die wohlfahrtsstaatliche Polizei	1
2. Abschied vom Polizeistaat	4
3. General- und Spezialermächtigung	6
II. Materieller und formeller Polizeibegriff	9
1. Auseinanderfallen des Polizeibegriffs	9
2. Die sog. Entpolizeilichung nach dem Ende des national-sozialistischen Staats	10
3. Ist der materielle Polizeibegriff überholt?	12
III. Entwicklungslinien des Polizeirechts seit 1949	13
1. Subjektivierungen	13
2. Entgrenzungen	14
3. Verlagerungen	16
§ 2. Strukturen	21
I. Das Recht der Gefahrenabwehr im Gefüge des Rechts der inneren Sicherheit	21
1. Sicherheit als Aufgabe des Staats	21
2. Funktionale Ausdifferenzierung der inneren Sicherheit ..	23
3. Polizei- und ordnungsrechtliche Gefahrenabwehr	31
4. Terminologie	35
II. Das Recht der Gefahrenabwehr im Gefüge der bundesstaatlichen Kompetenzordnung	36
1. Gesetzgebung	36
2. Verwaltung	37
III. Polizei- und ordnungsrechtliche Handlungsgrundlagen ...	39
§ 3. Aufgaben	43
I. Aufgabennormen	43
II. Aufgabentypologie	44
1. Gefahrenabwehr	45

2. Vollzugshilfe	47
3. Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten ..	48
III. Aufgabenabgrenzungen	48
1. Verhältnis zwischen Polizei- und Ordnungsbehörden ..	48
2. Verhältnis der Polizei- und Ordnungsbehörden zu anderen Behörden	51
3. Verhältnis der Polizei- und Ordnungsbehörden zu den Gerichten	52
IV. Verhältnis zwischen Polizei- und Ordnungsbehörden und privaten Sicherheitsdiensten	55
1. Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Private	55
2. Rechtliche Grenzen des Einsatzes privater Sicherheitsdienste	57
§ 4. Rechtsquellen	59
I. Europäisches Unionsrecht	59
II. Bundesrecht	59
1. Bundespolizeirecht	59
2. Bundesordnungsrecht	61
III. Landesrecht	62
1. Baden-Württemberg	62
2. Bayern	63
3. Berlin	64
4. Brandenburg	65
5. Bremen	65
6. Hamburg	66
7. Hessen	67
8. Mecklenburg-Vorpommern	68
9. Niedersachsen	68
10. Nordrhein-Westfalen	69
11. Rheinland-Pfalz	70
12. Saarland	71
13. Sachsen	71
14. Sachsen-Anhalt	72
15. Schleswig-Holstein	73
16. Thüringen	74
 2. Teil. Polizei- und ordnungsbehördliche Generalklauseln	
§ 5. Ermächtigungsgrundlagen	79
I. Begriff und Rechtsgrundlagen	79
II. Verfassungsmäßigkeit	80
III. Rechtswirkungen	81
1. Ermächtigung zu notwendigen Maßnahmen	81

2. Subjektives Recht	82
IV. Verhältnis zu den Spezialermächtigungen	83
1. Funktion der Spezialermächtigungen	83
2. Sperrwirkung der Spezialermächtigungen	84
3. Auffangwirkung der allgemeinen Ordnungsgesetze	87
§ 6. Zuständigkeit, Verfahren und Form	90
I. Zuständigkeit	90
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	90
2. Anforderungen	91
3. Rechtsfolgen	94
II. Verfahren	94
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	94
2. Anforderungen	95
3. Rechtsfolgen	97
III. Form	98
§ 7. Schutzgüter	99
I. Allgemeines	99
II. Öffentliche Sicherheit	100
1. Die drei Teilschutzgüter	100
2. Unverletzlichkeit der Rechtsordnung	101
3. Unverletzlichkeit der subjektiven Rechte und Rechtsgüter der Einzelnen	106
4. Bestand des Staates und der Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates und sonstiger Träger der Hoheitsgewalt	108
III. Öffentliche Ordnung	110
1. Das traditionelle Verständnis	110
2. Kritik	111
3. Normative Konkretisierung	113
§ 8. Gefahr	115
I. Begriff und Struktur	115
1. Schädigung	115
2. Wahrscheinlichkeit der Schädigung	116
II. Konkrete und abstrakte Gefahr	126
1. Der Unterschied	126
2. Bedeutung des Unterschieds	131
3. Qualifikationen der konkreten Gefahr	133
4. Umschreibungen konkreter und abstrakter Gefahren ...	134
§ 9. Pflichtigkeit	136
I. Allgemeines	136

II. Verantwortlichkeit	138
1. Tatbestände der Verantwortlichkeit	138
2. Verantwortlichkeit bei Rechtsnachfolge	152
III. Inanspruchnahme nichtverantwortlicher Dritter	153
IV. Auswahl unter mehreren Adressaten	158
1. Effektivität	158
2. Gerechte Lastenverteilung und Neutralität	159
3. Faustformeln	160
4. Duldungsverfügung	161
 § 10. Grundrechte, Verhältnismäßigkeit, Ermessen und Bestimmtheit	162
I. Allgemeines	162
II. Grundrechte	164
1. Grundrechte als Abwehrrechte	164
2. Grundrechte als Schutzrechte	166
3. Grundrechtliche Gleichheit	167
III. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	167
1. Geeignetheit	168
2. Erforderlichkeit	170
3. Angemessenheit	171
IV. Bestimmtheit	172
V. Ermessen	173
1. Ermessenseinräumung	173
2. Ermessensreduktion auf Null	175
3. Anspruch auf Einschreiten	177
 3. Teil. Operative Spezialbefugnisse	
 § 11. Grundlagen der Spezialbefugnisse	179
I. Begriff der Spezialbefugnis	179
II. Systematisierung der Spezialbefugnisse	181
1. Operative und informationelle Spezialbefugnisse	181
2. Imperative und nicht imperative Spezialbefugnisse	182
3. Anordnungs- und Handlungsbefugnisse	183
III. Reichweite der Spezialbefugnisse	184
1. Handlung und Vollstreckung	184
2. Durchsetzungsspezialbefugnisse	185
3. Folgenregelungen	186
IV. Rechtsgrundlagen der Spezialbefugnisse	187
V. Prüfungsstruktur für die Spezialbefugnisse	188
 § 12. Platzverweisung, Aufenthaltsanordnung, Meldeanordnung und Kontaktverbot	189
I. Begriffe und Rechtsgrundlagen	189

1. Begriffe	189
2. Betroffene Grundrechte	191
3. Rechtsgrundlagen	193
II. Formelle Rechtmäßigkeit	195
III. Materielle Rechtmäßigkeit	195
1. Platzverweisung	195
2. Meldeanordnung	197
3. Allgemeine Aufenthaltsanordnung	197
4. Wohnungsverweisung	200
5. Kontaktverbot	201
IV. Durchsetzung	201
§ 13. Gewahrsam	202
I. Begriff und Rechtsgrundlagen	202
II. Formelle Rechtmäßigkeit	205
1. Richtervorbehalt	205
2. Bekanntgabe	206
3. Rechtsbehelfsbelehrung	206
4. Benachrichtigung	207
III. Materielle Rechtmäßigkeit	208
1. Schutzgüter und Gefahr	208
2. Pflichtigkeit	210
3. Verhältnismäßigkeit	211
IV. Durchsetzung	213
§ 14. Durchsuchungen	214
I. Durchsuchung von Personen	215
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	215
2. Formelle Rechtmäßigkeit	216
3. Materielle Rechtmäßigkeit	216
II. Durchsuchung von Sachen	218
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	218
2. Formelle Rechtmäßigkeit	219
3. Materielle Rechtmäßigkeit	220
III. Durchsuchung und Betreten von Wohnungen	221
1. Begriffe und Rechtsgrundlagen	221
2. Formelle Rechtmäßigkeit	223
3. Materielle Rechtmäßigkeit	225
IV. Durchsetzung	226
§ 15. Sicherstellung und Beschlagnahme	227
I. Begriffe und Rechtsgrundlagen	227
II. Formelle Rechtmäßigkeit	230
III. Materielle Rechtmäßigkeit	231
1. Schutzgüter und Gefahr	231

2. Pflichtigkeit	234
IV. Durchsetzung	234
V. Herausgabe	235

4. Teil. Informationelle Spezialbefugnisse

§ 16. Systematik der informationellen Befugnisse	237
---	------------

1. Grundbegriffe: Daten und Informationen	237
II. Historische Entwicklung	239
III. Anlage des polizeilichen Datenschutzrechts	242

§ 17. Imperative Datenerhebungsbefugnisse	244
--	------------

I. Befragung	245
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	245
2. Formelle Rechtmäßigkeit	246
3. Materielle Rechtmäßigkeit	247
4. Durchsetzung	249
II. Verkehrskontrolle, Prüfung von Berechtigungsscheinen ...	249
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	249
2. Formelle Rechtmäßigkeit	250
3. Materielle Rechtmäßigkeit	250
4. Durchsetzung	251
III. Identitätsfeststellung	251
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	251
2. Formelle Rechtmäßigkeit	252
3. Materielle Rechtmäßigkeit	253
4. Durchsetzung	260
IV. Erkennungsdienstliche Maßnahmen	260
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	260
2. Formelle Rechtmäßigkeit	263
3. Materielle Rechtmäßigkeit	264
4. Durchsetzung	265
V. Vorladung	266
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	266
2. Formelle Rechtmäßigkeit	266
3. Materielle Rechtmäßigkeit	267
4. Durchsetzung	268

§ 18. Nicht imperative Datenerhebungsbefugnisse	269
--	------------

I. Begriff und Funktion	269
II. Rechtsgrundlagen	270
1. Generalklauseln	270
2. Spezialbefugnisse	271
III. Verfassungsrechtliche Prägung der Eingriffsermächtigungen	276

1. Materielle verfassungsrechtliche Anforderungen	276
2. Formelle verfassungsrechtliche Anforderungen	281
IV. Prüfungsstruktur: Verdeckte Datenerhebung in oder aus Wohnungen	283
1. Rechtsgrundlagen	283
2. Formelle Rechtmäßigkeit	284
3. Materielle Rechtmäßigkeit	285
§ 19. Befugnisse zur weiteren Datenverarbeitung	286
I. Von der Datenerhebung zur weiteren Datenverarbeitung .	286
II. Rechtsgrundlagen	289
1. Generalklauseln zur weiteren Datenverarbeitung	289
2. Spezialbefugnisse zur Datennutzung	290
III. Verfassungsrechtliche Anforderungen	294
IV. Prüfungsstruktur: Rasterfahndung	298
1. Ermächtigungsgrundlage	299
2. Formelle Rechtmäßigkeit	299
3. Materielle Rechtmäßigkeit	300
V. Rechte des Pflichtigen	301
1. Unterrichtung, Auskunft	301
2. Berichtigung, Löschung bzw. Vernichtung, Sperrung ...	302
5. Teil. Besonderes Polizei- und Ordnungsrecht: Versammlungsrecht	
§ 20. Systematik des Versammlungsrechts	305
I. Rechtsgrundlagen	305
II. Versammlungsrecht als Gefahrenabwehrrecht	305
III. Begriff und Formen der Versammlung	307
1. Versammlungszwecke	307
2. Versammlungsformen	309
IV. Verhältnis zum allgemeinen Polizei- und Ordnungsrecht .	311
V. Zuständigkeiten	315
VI. Arten und Reichweite der Befugnisse	316
§ 21. Befugnisse vor Beginn der Versammlung	317
I. Anmeldepflicht	317
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	317
2. Rechtmäßigkeit	321
II. Auflage	321
1. Begriff und Rechtsgrundlage	321
2. Formelle Rechtmäßigkeit	322
3. Materielle Rechtmäßigkeit	323
III. Genehmigung der Verwendung von Ordnern	328
1. Begriff und Rechtsgrundlage	328
2. Formelle Rechtmäßigkeit	329

3. Materielle Rechtmäßigkeit	329
IV. Verbot	330
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	330
2. Formelle Rechtmäßigkeit	330
3. Materielle Rechtmäßigkeit	330
V. Bild- und Tonaufnahmen	333
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	333
2. Rechtmäßigkeit	333
VI. Gefährderansprachen, Meldeanordnungen, Kontrollen, Rückführungsgewahrsam	334
§ 22. Befugnisse im Verlauf der Versammlung	336
I. Entsendung von Polizeibeamten	336
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	336
2. Formelle Rechtmäßigkeit	336
3. Materielle Rechtmäßigkeit	337
II. Bild- und Tonaufnahmen	337
III. Ausschluss von Teilnehmenden	338
1. Begriff und Rechtsgrundlage	338
2. Rechtmäßigkeit	339
IV. Andere polizeiliche Maßnahmen, Auflagen	340
1. Begriffe und Rechtsgrundlagen	340
2. Rechtmäßigkeit	342
§ 23. Befugnisse am Ende der Versammlung	343
I. Auflösung	343
1. Begriff und Rechtsgrundlage	343
2. Rechtmäßigkeit	344
II. Platzverweisung und Gewahrsam	345
6. Teil. Verordnungen zur Gefahrenabwehr	
§ 24. Verordnungen	347
I. Begriff und Rechtsgrundlagen	347
II. Formelle Rechtmäßigkeit	350
1. Zuständigkeit	350
2. Verfahren	351
3. Form	351
III. Materielle Rechtmäßigkeit	352
1. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	352
2. Gefahr und Schutzgüter	352
3. Pflichtigkeit	354
4. Verhältnismäßigkeit	354
5. Bestimmtheit	355
IV. Durchsetzung	356

7. Teil. Folgen

§ 25. Vollstreckung	358
I. Allgemeines	358
1. Begriff	358
2. Grundsätzliche Bedeutung	359
3. Rechtsgrundlagen	359
4. Unterscheidung von gestrecktem und gekürztem Zwangsverfahren	360
5. Zwangsmittel	361
II. Gestrecktes Zwangsverfahren	366
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	366
2. Formelle Rechtmäßigkeit	367
3. Materielle Rechtmäßigkeit	370
III. Gekürztes Zwangsverfahren	373
1. Sofortiger Vollzug	373
2. Unmittelbare Ausführung	374
§ 26. Kostentragung	377
I. Grundsätze	377
1. Notwendigkeit spezieller Normierung	377
2. Kostenbegriff	378
II. Kostentragung durch die Polizeipflichtigen	379
1. Ersatzvornahme	380
2. Unmittelbarer Zwang	381
3. Unmittelbare Ausführung	383
4. Sicherstellung und Verwahrung	383
5. Rückgriff auf die Pflichtigen	384
6. Kostenausgleich unter mehreren Pflichtigen	384
III. Kostentragung durch Veranlasser oder Begünstigte	385
1. Grundsatz der Gebührenfreiheit	385
2. Zulässige Gebührenerhebung	385
IV. Geltendmachung der Kostentragung durch Leistungsbe- scheid	387
§ 27. Schadensausgleich	388
I. Der polizei- und ordnungsrechtliche Schadensausgleich im System der staatlichen Ersatzleistungen	388
II. Schadensausgleich für rechtmäßige Maßnahmen	390
1. Zugunsten von Nichtstörern	390
2. Zugunsten von Polizeihelfern	391
3. Zugunsten unbeteiligter Dritter	392
4. Zugunsten von Störern	393
5. Zugunsten des Anscheins- und Verdachtsstörers	393
III. Schadensausgleich für rechtswidrige Maßnahmen	395

IV. Einzelheiten des Schadensausgleichs	396
1. Inhalt, Art und Umfang	396
2. Beschränkung, Ausschluss, Vorteilsausgleichung	397
3. Verjährung, Konkurrenzen	398
4. Anspruchsgegner, Rechtsweg	399
 8. Teil. Der Polizei- und Ordnungsrechtsfall	
§ 28. Technik der Fallbearbeitung	400
I. Grundfall	400
II. Variationen des Grundfalls	406
1. Verordnungsfall	406
2. Vollstreckungsfall	408
3. Kostenfall	411
4. Folgenbeseitigungsfall	412
5. Schadensausgleichsfall	414
6. Anspruch auf Einschreiten-Fall	416
III. Polizei- und Ordnungsrechtsfälle vor Widerspruchsbehör- de und Gericht	418
1. Rechtswegeröffnung	418
2. Klageart	419
3. Klagebefugnis	422
Sachverzeichnis	423